Beschlussvorlage
Ref.VI/054/2018

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	09.05.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

Menschen mit Behinderung im ÖPNV
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2018

Anlagen:
Antrag_Menschen mit Behinderung ÖPNV_Die Grünen
Schreiben der VAG vom 25.02.2019
Schreiben des Behindertenrats der Stadt Nürnberg vom 14.03.2019

Sachverhalt (kurz):

In ihrem Antrag vom 30.10.2018 bittet die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen um Informationen zu Bedarfen und Möglichkeiten der Bereitstellung eines VAG-Busses mit einer höheren Rollstuhlplatzzahl. Grundsätzlich ist das Anliegen, für Seniorenheime und Behinderteneinrichtungen eine attraktive und kostengünstige Transportmöglichkeit mit Platz für mehrere Rollstühle beispielsweise für Ausflüge bereitzustellen, nachvollziehbar.
Der Vorschlag, ein solches Angebot im Rahmen des ÖPNV zu schaffen, ist aus rechtlichen Gründen jedoch nicht umsetzbar, da ein solcher spezieller Fahrdienst keine Beförderung im Rahmen des allgemeinen ÖPNV darstellt. Die VAG müsste einen solchen Fahrdienst als sog. Gelegenheitsverkehr anbieten, bei dem wiederum bestimmte Vorgaben zu erfüllen sind. Demnach müssen Rollstühle sicher im Bus untergebracht werden, was bedeutet, dass der Bus mit ausreichenden und den aktuellen Standards entsprechenden Befestigungsmöglichkeiten ausgestattet sein muss. Der Umbau eines regulären Niederflurbusses zu einem solchen "Rollibus" ist mit einem erheblichen technischen und finanziellen Aufwand verbunden. Zudem bietet ein Niederflurbus aufgrund seiner Bauweise nur beschränkt Platz für die Einrichtung weiterer Rollstuhlplätze. Bereits umgebaute Rollibusse stehen derzeit auf dem Markt nicht zum Erwerb zur Verfügung. Die VAG kommt daher zu dem Schluss, aus technischen und finanziellen Zwängen das gewünschte Angebot nicht bereitstellen zu können.
Die VAG hat die Bedarfe für einen "Rollibus" im ÖPNV bei den Behindertenverbänden abgefragt. Diese sehen hierfür jedoch keinen Bedarf, da es seit Jahren den Behindertenfahrdienst des Bezirks Mittelfranken gibt, der für Berechtigte kostenlos zur Verfügung steht und die gleichzeitige Beförderung von einer großen Zahl von Menschen ermöglicht. Der Behindertenrat der Stadt Nürnberg äußert die Sorge, dass das geforderte Angebot eine Konkurrenz zu örtlichen Behindertenfahrdiensten darstellen könnte und so perspektivisch die Versorgung mit Fahrdiensten für Menschen mit Behinderung grundsätzlich verschlechtert werden könnte.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Fragestellung betrifft körperlich eingeschränkte Bevölkerungsgruppen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **VAG**

☒ **Behindertenrat der Stadt Nürnberg**

☐